

09.11.13 | Einwanderer

Verhandlungen zum Doppelpass gescheitert

Nach knallharten Gesprächen scheitern die Koalitionsberatungen zum Thema der doppelten Staatsbürgerschaft, zumindest vorerst. Mit einem solchen Ende hätten selbst Migrationsexperten nicht gerechnet. *Von Freia*

Peters

Schade eigentlich. Die Koalitionsverhandlungen (Link: <http://www.welt.de/themen/koalitionsverhandlungen/>) zum Thema der doppelten Staatsbürgerschaft sind vorerst gescheitert. Die Koalitionsgruppe Integration und Migration konnte sich nicht einigen, "knallhart" seien die Verhandlungen gewesen, schreibt ein Teilnehmer. Die SPD fordert die Abschaffung des Optionszwanges, nachdem junge Leute mit anfangs zwei Staatsbürgerschaften sich zwischen dem 18. und 23. Geburtstag entscheiden müssen, welchen Pass sie behalten wollen. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte noch vor wenigen Tagen die doppelte Staatsbürgerschaft zu einer zentralen Bedingung für das Gelingen einer großen Koalition gemacht.

Die CDU aber (Link: <http://www.welt.de/121677128>) : will gar nichts ändern. Der einzige Kompromissvorschlag war die Verlängerung der Entscheidungsfrist bis zum Alter von 30 Jahren.

Der SPD-Abgeordnete "Sebastian Edathy ... verhandelt gerade mit CDU/CSU über das Staatsbürgerschaftsrecht und denkt, er sei im Jahr 1999", schrieb Edathy auf seinem Facebook-Profil (Link: <https://www.facebook.com/edathy>) aus den Verhandlungen am Freitag. Damals hatte der CDU-Politiker Roland Koch mit einer Kampagne gegen Doppelpässe die Landtagswahl in Hessen gewonnen.

Rot-Grün verlor die Mehrheit im Bundesrat, in das neue Gesetz kam das Optionsmodell, aus Sicht der Union bereits ein großer Kompromiss. "Wer auf Dauer in Deutschland lebt, soll unabhängig von der Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft eingebürgert werden können", sagt Edathy, Mitglied im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages und Leiter des NSU-Untersuchungsausschusses, der "Welt". "Bereits heute erfolgen mehr als 50 Prozent der Einbürgerungen von Erwachsenen unter Beibehalt ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft – ohne dass dadurch Probleme entstehen."

Bekannte Probleme nur vertagen

Aus Sicht von Migrationsforschern lassen sich die Politiker der anbahnenden Koalition eine große Chance entgehen. Mit einer neuen Lösung zum Thema Doppelpass könnte das Verhältnis zwischen Deutschen und Einwanderern völlig neu definiert werden.

"Die Verschiebung des Entscheidungszeitraums auf das 30. Lebensjahr würde die bekannten Probleme nur vertagen und damit verschlimmern", sagt Migrationsexperte Professor Klaus J. Bade der "Welt". "Was wäre zum Beispiel mit einem 30 Jahre alten Abgeordneten, der mit seiner Staatsangehörigkeit dann auch seinen Sitz im Bundestag oder im Landtag verliert? Was wäre mit dem Vater mehrerer Kindern, die von ihren Eltern die doppelte Staatsangehörigkeit ererbt haben, die die Eltern dann wieder zugunsten einer Staatsangehörigkeit abgeben müssen? Damit verstärkt man also nur die Probleme, die schon jetzt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Ausländerrechtler sind."

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (Link: <http://www.welt.de/themen/hans-peter-friedrich/>) (CSU) hingegen findet, die deutsche Staatsbürgerschaft müsse man sich verdienen. "Wir glauben, dass wir nicht die deutsche Staatsangehörigkeit wie Sauerbier irgendjemandem anbieten müssen", sagte Friedrich. "Bisher entscheiden sich 98 Prozent der betroffenen Jugendlichen für einen deutschen Pass, das Optionsmodell hat sich damit bewährt." Zu Zugeständnissen an die SPD über die Verlängerung der Optionsfrist hinaus sei die Union nicht bereit.

Die eigentlichen Problemfälle kommen noch

"Die Rede von der erfolgreich bestandenem Bewährungsprobe des Optionsmodells ist vollends abwegig", sagt Bade hingegen. "Hier konnten erst die Jugendlichen gefragt werden, die aufgrund der Sonderregeln seinerzeit auf Antrag ihrer Eltern noch im Alter bis zu zehn

Jahren einbezogen wurden. In diesen Familien waren die positiven Vorentscheidungen schon getroffen. Die eigentlichen Problemfälle kommen doch erst noch."

Die Optionsregelung trat zum Januar 2000 in Kraft – und gilt rückwirkend auch für die Kinder von Zuwanderern, die seit 1990 geboren worden sind. Die Erkenntnisse dieser "Sondergruppe", die sich zu 98 Prozent für den deutschen Pass entscheiden, kann man nicht verallgemeinern. Denn ihnen wird die deutsche Staatsangehörigkeit nur auf Antrag der Eltern gewährt. Wer einen solchen Antrag stellt, legt also schon von vornherein auf den deutschen Pass großen Wert.

"Das Grundproblem wird durch eine Verlängerung der Optionspflicht nicht gelöst, sondern vielmehr verschärft", sagt auch Professorin Christine Langenfeld, Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) der "Welt". "Die Entscheidung muss dennoch getroffen werden. Aus dem Wahlzwang entsteht ein Konflikt, der vermutlich größer ist, zu einem Zeitpunkt wo die Personen als Deutsche vielleicht Beamte oder Mandatsträger in einem Parlament geworden sind, ihre doppelte Staatsbürgerschaft bereits an ihre Kinder vererbt haben."

Hinausgleiten und Hineingleiten

Langenfeld hat durchaus Verständnis für die Argumentation der Union, dass Einwanderer irgendwann eine Entscheidung treffen und sich eindeutig zu einer Staatsbürgerschaft bekennen sollten. "Irgendwann ist der Auswanderungsprozess abgeschlossen", sagt sie und plädiert für ein "Hinausgleiten" aus der Staatsbürgerschaft der Herkunftsstaaten und ein "Hineingleiten" in die deutsche. So, wie es in vielen Staaten bereits praktiziert wird.

In Dänemark, Finnland, Großbritannien, Portugal etwa ist die doppelte Staatsbürgerschaft möglich, wird aber nicht automatisch per "Jus sanguinis" (lat. Recht des Blutes) an die nachfolgenden Generationen weitervererbt. So erben etwa Kinder von Iren, die im Ausland geboren werden, von ihren Eltern die irische Staatsbürgerschaft. Die Enkelkinder aber der ursprünglich Eingewanderten, bekommen den irischen Pass nicht mehr. Sie erhalten die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie geboren werden, nach dem "Jus soli" (lat. Recht des Bodens).

So sieht es übrigens auch das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz vor. Angenommen, eine Deutsche und ein Türke heiraten, ziehen nach Istanbul und bekommen eine Tochter. Dann erhält dieses Mädchen den deutschen und den türkischen Pass. An ihre Kinder jedoch gibt das Mädchen die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr automatisch weiter. Die werden nur noch den türkischen Pass haben – es sei denn, die Eltern beantragen zusätzlich den deutschen Ausweis.

Angebot für Migranten in Deutschland

Warum verwehren sich die Politiker der Union nun einer Regelung für Zuwanderer in Deutschland, die sie selbst für ihre eigenen Bürger im Ausland für richtig halten?

Das Modell "Doppelpass mit Generationenschnitt" jedenfalls wäre aus Sicht des SVR ein gutes Angebot für Migranten in Deutschland. Demnach sollen hier geborene Kinder von Zuwanderern den Doppelpass bekommen – und zwar lebenslang. Diese wiederum sollen ihren Kindern aber die Staatsangehörigkeit ihrer Großeltern nicht mehr automatisch, sondern nur noch auf Antrag weitergeben. In der vierten Generation dann soll keine Weitergabe mehr möglich sein. So soll vermieden werden, dass Personen die Staatsangehörigkeit eines Landes besitzen, das ihre Familien bereits vor Generationen verlassen haben und nur noch auf Urlaubsreisen besuchen.

Ein solches Modell müsste in einem zwischenstaatlichen Abkommen geregelt werden. Die Bedenken aus der Union: Die Türkei würde sich wohl kaum auf einen solchen Vertrag einlassen.

"Es ist noch nicht ernsthaft versucht worden", sagt Langenfeld. "Die Türkei könnte etwa vorsehen, Einbürgerungen zu erleichtern für Personen, deren Vorfahren einst aus der Türkei ausgewandert sind."

Türkische Gemeinde ist bitter enttäuscht

Die große Runde der Koalitionsverhandlungen tagt wieder am kommenden Mittwoch. Nun sollen also die Großkopfer nach einer Lösung suchen.

Unionspolitiker wie Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) oder die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, [Maria Böhmer](http://www.welt.de/121467661) (Link: <http://www.welt.de/121467661>)

(CDU), haben das Modell einer "ruhenden und einer aktiven Staatsbürgerschaft" ins Gespräch gebracht. "Dort, wo man sich aufhält, ist man mit allen Rechten und Pflichten dabei", so beschreibt Bouffier das Modell. Es solle aber nicht für alle, sondern nur in "begründeten Ausnahmefällen" zugelassen werden.

Die Türkische Gemeinde ist bitter enttäuscht. "Der Vorschlag einer ruhenden und aktiven Staatsbürgerschaft heißt kurz gesagt: 'Eigentlich möchte ich nichts ändern'", so der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat. "Es müssten mit über 100 Staaten Verträge unterzeichnet werden, was kaum passieren kann. Dann wird man sagen: 'Wir wollten ja, die anderen haben es nicht gemacht.' Die Mehrstaatlichkeit ist jetzt richtig! Keine faulen Kompromisse!", fordert Kolat. Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht? Zweifel sind mehr als angebracht.